

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

23. FEBRUAR 2015

THEMEN

Zuwanderung, Griechenland, Mindestlohn, Frauenquote

INHALTSVERZEICHNIS

Wie Bosbach mit sich und den Griechen ringt	FOCUS Online	Seite 2
Zuwanderung in Deutschland offensiv diskutieren	FOCUS	Seite 4
"Mitten ins Herz"	WirtschaftsWoche	Seite 5
Schäuble: "Am 28. Februar, 24 Uhr, is over"	Frankfurter Allg. Z.	Seite 7
Auf Wiedervorlage	Frankfurter Allg. Z.	Seite 9
Oettinger: "Tsipras hat unnötig Vertrauen zerstört"	Handelsblatt	Seite 10
CSU will Mindestlohn zurückdrehen	DER SPIEGEL	Seite 11
Die Koalition steht wieder unter Strom	Rheinische Post	Seite 12
Gutachter verreißen Gesetzentwurf zur Frauenquote	Frankfurter Allg. Z.	Seite 13

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Fragen und Anregungen zum MIT-Pressespiegel richten Sie bitte an info@mit-bund.de

Redaktion: Alexander Schaub (Tel: 030/220798-17)

Drucken

Er denkt sogar an Abschied

Wie Bosbach mit sich und den Griechen ringt

Montag, 23.02.2015, 16:01 · · von FOCUS-Online-Korrespondentin [Martina Fietz](#) .. und FOCUS-Online-Redakteurin [Linda Wurster](#)

Am Montag schickte die griechische Regierung ihre Liste mit Reformvorschlägen. Nur vier Tage soll der Bundestag Zeit haben, diese zu prüfen und über eine Verlängerung der Hilfen für Griechenland zu entscheiden. CDU-Mann Wolfgang Bosbach ist sauer - und denkt sogar über Rücktritt nach.

Es rumort in Berlin. An diesem Montag [schickt die griechische Regierung ihre Liste mit Reformvorschlägen](#). Bereits am Donnerstag soll der Bundestag auf dieser Grundlage über eine [Verlängerung der Hilfen für Griechenland](#) entscheiden. Das Unbehagen vieler Abgeordneter ist groß.

So groß, dass CDU-Politiker Wolfgang Bosbach nun laut einem [Bericht der „Rheinischen Post“](#) sogar seinen Rückzug aus der Politik erwägt. Zu FOCUS Online sagte Bosbach: „Ich möchte nicht ständig gegen den Kurs der Regierung stimmen, nicht als Quertreiber gelten. Ich werde jetzt in Ruhe überlegen, wie es weitergeht.“

Er war schon einmal an diesem Punkt: Im Jahr 2011, damals ging es um das zweite Rettungspaket. Als einer der Abweichler in der Unionsfraktion wurde Bosbach damals massiv kritisiert und unter Druck gesetzt. Damals blieb er.

"Zwischen Plan und Realität klaffen oft zu große Lücken"

Nun müssen die Abgeordneten erneut unter Zeitdruck eine wichtige Entscheidung treffen. Inzwischen ist in Athen eine neue Regierung an der Macht, das Linksbündnis Syriza unter Alexis Tsipras. Der neue Ministerpräsident will einen neuen, für sein Volk weniger entbehrungsreichen Kurs.

Bosbach sagte zu FOCUS Online: „Die Vorschläge der griechischen Regierung entsprechen exakt meinen Erwartungen.“ Die bisherige Linie der Eurozone sei gewesen: "Geld gegen Reformen und nachhaltige Sparbemühungen mit dem Ziel, die griechische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen und das Land in die Lage zu versetzen, das Vertrauen der Kapitalmärkte zurückzugewinnen,“ so Bosbach.

Die Regierung Tsipras setze aber auf weniger Reformen und hoffe gleichzeitig auf mehr Einnahmen. „Wenn die neue Regierung das Steuerrecht reformiert, Reiche stärker zur Kasse bittet und die Korruption bekämpfen will, dann bekommt sie jede Unterstützung“, so der CDU-Politiker. „Das kann aber nicht bedeuten, dass notwendige Reformen unterbleiben und der Sparkurs aufgegeben wird. Mit großen Plänen ist das so eine Sache, siehe Privatisierungserlöse. Zwischen Plan und Realität klaffen oft zu große Lücken.“

"Deutschland braucht kritische Stimmen"

Der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Carsten Linnemann, betonte gegenüber FOCUS Online, wie wichtig die kritische Auseinandersetzung mit der Griechenlandkrise sei: „Gerade Köpfe wie Wolfgang Bosbach sind in einer Krisensituation wie der jetzigen mehr denn je gefragt. Die Union braucht kritische Stimmen, Deutschland braucht kritische Stimmen.“

Auch die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt forderte eine kritische Auseinandersetzung mit den griechischen Vorschlägen: „Die Reformpläne, die [Griechenland](#) am Montag vorlegen will, müssen genau geprüft werden. Wir lassen uns nicht auf einen faulen [Kompromiss](#) ein.“

FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff kritisierte am Montag im [ARD-„Morgenmagazin“](#), dass die Zeit für eine eingehende Prüfung zu gering sei. Ebenso argumentierte CSU-Finanzexperte Hans Michelbach im [Gespräch mit dem „Handelsblatt“](#).

"Das Geld der Steuerzahler darf nicht verschwendet werden"

CDU-Finanzexperte Michael Fuchs hingegen sieht sich „durchaus in der Lage, die Vorschläge bis Donnerstag zu prüfen“. Das sei einem Abgeordneten zuzumuten, sagt er FOCUS Online. „Wir sollten uns da nicht verrückt machen, denn eigentlich ist es relativ simpel.“ Die entscheidende sei laut Fuchs: "Reicht das, was die griechische Regierung vorschlägt, aus?"

CDU-Mann Fuchs will nur zustimmen, wenn die Liste seinen Vorstellungen entspreche: „Finanzminister Wolfgang Schäuble hat für mich in dieser Frage eine hohe Glaubwürdigkeit und er hat ganz klar gesagt, dass die Griechen nun liefern müssen. So verstehe ich meinen Auftrag – zu prüfen, ob die griechische Regierung das tut. Und wenn nicht, kann ich nicht zustimmen.“ Sein Ziel sei es dabei, die Steuerzahler davor zu bewahren, dass "ihr Geld verschwendet wird.“

Griechenland müsse beweisen, dass die geplanten Mehrausgaben durch zusätzliche Einnahmen ausgeglichen werden – „und der Plan hierfür muss glaubwürdig sein“, betonte Fuchs.

"Die Rettungspolitik bewegt sich am Rande der Legalität"

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Hans-Peter Friedrich, hält „neue Akzente und Prioritäten einer neuen Regierung in Athen“ zwar für denkbar. „Aber die Vereinbarungen zwischen Griechenland und den Geldgebern müssen in der Substanz umgesetzt werden. Wir werden weder eine Verwässerung der bisherigen Linie noch Luftbuchungen akzeptieren. Entscheidend ist, dass Griechenland weiterhin seine eigenen Kräfte mobilisiert“, sagte er FOCUS Online.

CSU-Politiker Peter Gauweiler ließ FOCUS Online auf Anfrage mitteilen, dass sich die „Rettungspolitik“ für Griechenland – zurückhaltend formuliert – seit ihrem Beginn am Rande der Legalität“ bewege. „Heute ist es aber Konsens, dass im Falle einer Insolvenz Griechenlands mit keinen erheblichen Erschütterungen für die Euro-Zone insgesamt zu rechnen ist. Wenn der geltende ESM-Vertrag und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ernst genommen werden würden, dürfte ein darauf gestütztes rechtliches Hilfsprogramm nicht beschlossen werden,“ so der CSU-Mann.

Zugleich verwies Gauweiler aber darauf, dass eine Verlängerung der Hilfen aus ökonomischer Perspektive gleichwohl sinnvoll sein könne, „wenn es eine Perspektive für eine langfristige und nachhaltige Gesundung des Staates – seiner Finanzen und seiner Wirtschaft – gibt“.

Im Video: Wie der griechische Finanzminister richtig hoch pokert

© FOCUS Online 1996-2015

Drucken

Fotocredits:

dpa/B. Pedersen

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.



Autor: ACK: Margarethe Van Ackeren
Seite: 18 bis 18
Ressort: NACHRICHTEN
Gattung: Zeitschrift

Jahrgang: 2015
Nummer: 09
Auflage: 628.939 (gedruckt) 508.489 (verkauft)
515.240 (verbreitet)
Reichweite: 4,54 (in Mio.)

CDU-Wirtschaftspolitiker

Zuwanderung in Deutschland offensiv diskutieren

Der eigene Wirtschaftsflügel ermahnt die Union, sich der Debatte um Zuwanderung zu stellen. "Wir brauchen dringend eine öffentliche und offensive Debatte darüber, wie wir in Deutschland Zuwanderung geregelt haben und regeln wollen", drängt Carsten Linne-
mann, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung (MIT). Die Politik dürfe "die un-
bequemen Fragen nicht unter den Teppich kehren", warnt der 37-Jährige. "Ansonsten brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Politikverdrossenheit immer weiter zunimmt."
Die SPD drängt auf ein Zuwanderungsgesetz. Doch obwohl zuvor schon CDU-Generalsekretär Peter Tauber eine grundlegende Debatte angeregt hatte, bremsen vor allem Innenpolitiker der Union. "Es kann nicht sein, dass die Bürger das Gefühl haben, es sei nichts geregelt, und wir ihnen einfach nur antworten, alles sei geregelt", kontert Linne-
mann.

Wörter: 116
Urheberinformation: Alle Rechte: Focus

Autor: Krumrey, Henning/ Ramthun, Christian
Seite: 032
Ressort: Politik & Weltwirtschaft
Gattung: Zeitschrift

Nummer: 009
Auflage: 175.704 (gedruckt) 158.289 (verkauft)
 167.987 (verbreitet)
Reichweite: 0,87 (in Mio.)

»Mitten ins Herz«

INTERVIEW | Eric Schweitzer Der DIHK-Präsident will Flüchtlinge ausbilden und kritisiert den Aderlass der Rente mit 63.

Herr Schweitzer, Innenminister de Maizière sagt, wir bräuchten kein neues Einwanderungsgesetz, nur besseres Marketing. Reicht das Ihren Unternehmen?

Wir brauchen kein komplett neues Einwanderungsgesetz, aber Verbesserungen an den bestehenden Regelungen. Netto sind im vergangenen Jahr rund 470 000 Menschen zu uns gekommen. Nur etwa ein Drittel stammt nicht aus der Europäischen Union, unterliegt also überhaupt dem Zuwanderungsrecht. Wir sollten die Liste der sogenannten Mangelberufe ausweiten, damit der Zuzug in der beruflichen Bildung erleichtert wird. Derzeit ist der Bedarf in Pflege- und technischen Berufen besonders groß. Uns fehlen aber auch Fachkräfte aus gastronomischen Berufen.

Die Betriebe klagen auch über einen Mangel an Lehrlingen.

Bei Auszubildenden sollte die Vorrangprüfung zumindest in Berufen entfallen, wo die Bewerber heute schon knapp sind. Bisher muss man bei jeder Neueinstellung eines Zuwanderers nachweisen, dass es keinen Bewerber aus Deutschland oder der Europäischen Union gibt. Zudem gilt: Junge Zuwanderer, die hier eine Hochschulausbildung abgeschlossen und dann einen passenden Job gefunden haben, bekommen bisher zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Das sollte künftig sofort unbefristet sein. Denn 40 Prozent unserer Unternehmen sehen derzeit ein großes Risiko im Fachkräftemangel.

Die Ministerpräsidenten Bouffier, Kretschmann und Dreyer schlagen vor, junge Asylbewerber zu Azubis zu machen.

Ein junger Asylbewerber, der bei uns eine Ausbildung beginnt, sollte während der Ausbildung nicht abgeschoben werden dürfen. Sonst finden Sie fast

kein Unternehmen, das in den beträchtlichen zeitlichen und finanziellen Aufwand investiert. Ich gehe noch weiter: Wer hier seine Ausbildung abschließt und einen Beruf findet, sollte eine bessere Bleibeperspektive haben. Man darf aber Zuwanderung und Flüchtlingspolitik nicht generell vermischen. Denn die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber richtet sich nach den Krisen in der Welt, nicht nach unseren Wünschen.

Sie vermischen es doch, wenn Sie Asylbewerber und Flüchtlinge direkt für Ausbildung und Arbeitsmarkt rekrutieren.

Wir akquirieren diese Flüchtlinge ja nicht in ihrer Heimat - sie sind schon hier. Was wäre die Alternative? 80 000 Ausbildungsplätze bleiben hierzulande leer, und die jungen Menschen bleiben ohne Ausbildung.

Wie hoch ist das Risiko, dass diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren?

Dann war die Investition für die Katz. Deshalb wären ja bessere Bleibeperspektiven sinnvoll. Eine Garantie, dass ein Mitarbeiter anschließend in seinem Ausbildungsbetrieb bleibt, gibt es aber generell nicht. Selbst wenn die jungen Menschen in ihre Heimat zurückgingen, wäre das auch gut für die deutsche Wirtschaft. Sie wären dort unsere besten Botschafter.

Kommt die Wirtschaft mit den aktuellen Zuwanderungsströmen hin?

Von den 470 000 Zuwanderern im letzten Jahr arbeiten rund 40 Prozent, die Übrigen sind im Wesentlichen Familienangehörige. Damit kämen wir also etwa auf 200 000 Arbeitskräfte. Mit Blick auf die Demografie ist das ein guter Erfolg. Wir müssen uns aber von dem Glauben trennen, Deutschland sei automatisch ewig und für jeden attraktiv.

Kann der Arbeitsmarkt kurzfristig so

viele Zuwanderer verkraften?

Absolut. Wir sehen für das laufende Jahr einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit um 50 000 und ein Beschäftigungsplus von 200 000 Personen.

In der Arbeitslosenversicherung müssten dann Überschüsse anfallen.

Wenn es in der Arbeitslosenversicherung dauerhaft Überschüsse gibt, dann sollten diese den Beitragszahlern zurückgegeben werden, also den Versicherten und den Unternehmen. Dadurch könnten die Unternehmen zumindest ein wenig entlastet werden, wenn schon die Kosten durch den Mindestlohn steigen. In der Zukunft kommen ja ohnehin steigende Lohnzusatzkosten auf die Unternehmen zu durch die Rente mit 63 und die Mütterrente.

206 000 Menschen haben im vorigen Jahr einen Antrag gestellt Die Rente mit 63 entwickelt sich zum Kassenschlager.

Ja, sie schlägt Löcher in die Rentenkasse. Die Rente mit 63 Jahren ist ein enormes Kostenrisiko. Einmal hat mich Ministerin Nahles gefragt, wie wir die Menschen länger in Arbeit halten könnten. Da musste ich ihr sagen: Sie setzen einen hohen Anreiz dafür, früher auszuscheiden. Wie soll die Wirtschaft das noch übertrumpfen? Jetzt gehen viele richtig gut ausgebildete, gut arbeitende, besonders erfahrene Facharbeiter. Das ist ein Schnitt mitten ins Herz.

Welche Kosten erwarten Sie durch die Rente mit 63?

Für die Rente mit 63 müssen die Beitragszahler, aber auch die Unternehmen, die Rentner und der Steuerzahler auf Jahre hin Milliardenbeträge aufbringen. Bis zum Jahr 2030 werden sich die zusätzlichen Belastungen für die Rentenkasse nach aktuellen Schätzungen auf fast 50 Milliarden Euro summieren. Neben diesen höheren Kosten ist es aber

auch ein falsches Signal, das die Politik mit der abschlagsfreien Rente mit 63 an die älteren Beschäftigten sendet. Diese Frührentner gehen dem Arbeitsmarkt verloren. Dabei würden sie von den Betrieben dringend gebraucht. Unternehmen investieren seit Jahren in Weiterbildung, Prävention und Gesundheits-

förderung, um ihre Beschäftigten möglichst lange zu halten. So ist die Beschäftigung Älterer in den vergangenen Jahren erfreulich stark angewachsen. Diese Erfolge werden durch die Rente mit 63 konterkariert.

HERR DER KAMMERN

Schweitzer, 49, ist seit zwei Jahren

DIHK-Präsident und führt mit seinem Bruder Axel das Entsorgungsunternehmen Alba

henning.krumrey@wiwo.de |Berlin,
christian ramthun

Wörter:

792

Urheberinformation:

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2015: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 17
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Serientitel: Aufmacher Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 41
Auflage: 356.208 (gedruckt) 305.257 (verkauft)
 320.864 (verbreitet)
Reichweite: 0,76 (in Mio.)

Schäuble: "Am 28. Februar, 24 Uhr, is over"

Nach dem Scheitern der Verhandlungen sehen deutsche Politiker kaum noch Chancen auf eine Einigung mit Griechenlands Regierung. Die Wahrscheinlichkeit eines "Grexit" steigt stark.

ppl./maf. FRANKFURT, 17. Februar. Die Fronten scheinen nun völlig verhärtet zwischen der griechischen Regierung und ihren europäischen Geldgebern. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit eines (unfreiwilligen) Euroaustritts Griechenlands. Nach den erfolglos abgebrochenen Gesprächen sehen die Analysten der Commerzbank die Wahrscheinlichkeit des "Grexit" bei 50 Prozent. Zuvor betrug sie laut einer Umfrage unter Finanzmarktteilnehmern erst 30 Prozent. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) warnte die Athener Regierung: "Am 28. (Februar), 24 Uhr, is over", sagte er am Dienstag. Ende Februar läuft das bestehende Hilfsprogramm aus.

Politiker der großen Koalition in Berlin forderten eine harte Verhandlungslinie gegenüber Athen. "Wir dürfen keinen Millimeter nachgeben", sagte Carsten Linnemann, der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsunion, gegenüber dieser Zeitung. "Es kann nicht sein, dass die europäischen Steuerzahler für die Wahlversprechen der griechischen Regierung aufkommen müssen." Er unterstütze die harte Linie von Schäuble. Allerdings findet Linnemann, dass der bisherige Euro-Rettungsschirm einen Konstruktionsfehler habe. Es sei nämlich die Frage nicht beantwortet, wie man mit überschuldeten Staaten umgehe, die ihre Auflagen nicht einhalten könnten oder wollten. Der CSU-Wirtschaftspolitiker Hans Michelbach forderte, ohne positive Wendung sollte Brüssel alle Überweisungen an Griechenland einfrieren und als Sicherheiten für Zahlungsverpflichtungen zurückhalten. Bei einem endgültigen Scheitern der Gespräche gebe es auch keine Grundlage für weitere Hilfen der Europäischen Zentralbank (EZB) an Athen mehr.

Derzeit hängt Griechenland finanziell

am Tropf der Notenbank. Vor einer Woche hat die EZB eine Erhöhung der Not-Liquiditätshilfen (Emergency Liquidity Assistance, Ela) für griechische Banken auf 65 Milliarden Euro genehmigt. Es gibt aber zunehmend Zweifel an der Solvenz der Banken. Falls sie insolvent sind, müsste der EZB-Rat die Ela-Hilfen stoppen. Der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider sieht die Zentralbank in einer schwierigen Lage. "Die Erhöhung der Ela erfolgte in dem Vertrauen, dass eine Einigung zur Fortführung des Programms möglich ist. Die Aufgabe der EZB ist es nicht, den griechischen Banken einen unbegrenzten Dispokredit zur Finanzierung der Wahlkampfversprechen zu gewähren", warnte Schneider. Der Ökonom Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) kritisierte die Liquiditätshilfen: "Das ist eine ziemlich offensichtliche Staatsfinanzierung durch das Notenbanksystem, bei der die griechischen Banken zwischenengeschaltet werden."

Für die Banken wird es zunehmend eng, weil immer mehr verunsicherte Kunden Geld von ihren Konten abziehen. Seit Dezember haben die griechischen Banken schon Einlagen von mehr als 20 Milliarden Euro verloren. Unklar ist, wie lange sie noch zahlungsfähig bleiben. Nach Ansicht der Analysten der Investmentbank JP Morgan gingen den griechischen Instituten die Kreditsicherheiten erst in 14 Wochen aus, wenn die Kunden in der Woche 2 Milliarden Euro an Einlagen abziehen. Allerdings kann sich der Einlagenabzug beschleunigen, wenn die Krise eskaliert. In Notenbankkreisen wird auch ein wöchentlicher Mittelabfluss von 5 Milliarden Euro für möglich gehalten.

Auf Unterstützung oder Großzügigkeit der deutschen Banken kann Griechenland nicht zählen. "Wer Hilfsgelder

braucht, muss auch eine strenge Kontrolle der Mittelverwendung zulassen", forderte Uwe Fröhlich, Präsident des Verbandes der Volks- und Raiffeisenbanken. Er zweifelte an einem tragfähigen Kompromiss mit der griechischen Regierung. Die Spielräume seien für die europäischen Partner gering, weil die griechische Regierung ihren Wählern das Blaue vom Himmel versprochen habe, sagte Fröhlich.

Aus Sicht der eurokritischen "Alternative für Deutschland" sollte ein Schlussstrich unter die Griechenland-Hilfsprogramme gezogen werden. "Statt durch Formulierungskünste Scheinlösungen zu finden, sollte die Eurozone ihre Erpressbarkeit beenden und Griechenland das Ausscheiden aus dem Euro anheimstellen", sagte AfD-Chef Bernd Lucke dieser Zeitung. Die Euro-Retter sollten auf die ohnehin nicht mehr einbringbaren Hilfskredite verzichten, aber gleichzeitig alle weiteren Transfers stoppen.

Der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen (BGA), Anton Börner, warnte hingegen eindringlich vor einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Der Grexit würde "massiv" Arbeitsplätze in Deutschland kosten, sagte Börner der Zeitung "VDI Nachrichten" am Dienstag. "Wir sollten alles dafür tun, dass Griechenland im Euro bleibt", sagte Börner. Sollte Griechenland die Gemeinschaftswährung aufgeben, rechnet er mit Ansteckungsgefahren für andere Euroländer.

In dieser Frage sind Ökonomen uneinig. Während einige ein Übergreifen auf andere Krisenländer durch steigende Zins-Risikoprämien befürchten, halten andere die Ansteckungsgefahr für sehr begrenzt. Die Banken hätten kaum noch Forderungen gegenüber dem griechischen Staat, erinnerte IfW-Ökonom

Kooths. Er glaubt, dass der Euroraum eher an Stabilität gewinne, wenn er zeige, dass man es ernst meine mit den Regeln und Reformversprechen. "Das Vertrauen in die Stabilität würde eher schwinden, wenn man jetzt lauwarne Kompromisse schließt", sagte Kooths. (Wie Unternehmen sich auf den Grexit vorbereiten können, Seite 18.)

Abbildung: Wolfgang Schäuble am Montagabend in Brüssel
Abbildung: Foto AP
Wörter: 922

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 17
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Serientitel: Glosse Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 45
Auflage: 356.208 (gedruckt) 305.257 (verkauft)
320.864 (verbreitet)
Reichweite: 0,76 (in Mio.)

Auf Wiedervorlage

Von Werner Mussler

Erleichterung will sich nach dieser Einigung wirklich nicht einstellen. Die Eurogruppe hat ihren Streit mit Griechenland in routinierter europäischer Manier in einen Formelkompromiss gegossen, der an den fundamentalen ökonomischen Problemen des Landes nichts ändert und Athen lediglich Zeit kauft. Im besten Fall ist es gelungen, die schrille griechische Regierung auf die wirtschaftspolitischen Reforminhalte des bisherigen Hilfsprogramms zu verpflichten, mit denen sich bereits die Vorgängerregierung mehr als schwertat. Doch schon das ist mit einiger Sicherheit ein frommer Wunsch.

Zweifelloos zeugt die Behauptung der Regierung Tsipras, sie habe sich in Brüssel durchgesetzt, von erheblichem Realitätsverlust. Aber Finanzminister Varoufakis weiß, wovon er spricht, wenn er auf die "konstruktive Mehrdeutigkeit" des Kompromisspapiers ver-

weist. Denn die inhaltlichen Konflikte mit Athen sind nur übertüncht. Welche der früher vereinbarten Reformen die Regierung zurücknehmen, wie viel sie zusätzlich ausgeben darf, welchen Handlungsspielraum sie generell hat - all das ist nicht geklärt. Tsipras und Varoufakis haben dazu selbstbewusste Ansichten. Mit ihnen müssen sich nun ausgerechnet jene in Athen in Misskredit geratenen Fachleute auseinandersetzen, die nun nicht mehr "Troika", sondern "Institutionen" heißen. Lösen können sie den Konflikt nicht. Vielmehr dürften wirklich alle Streitpunkte wieder auf den Tisch kommen, wenn sich die Eurogruppe spätestens im April abermals mit Griechenland auseinandersetzt.

Die Scharmützel der vergangenen Wochen lassen überdies allzu leicht vergessen, dass die mittel- bis langfristigen Perspektiven für das Land schlecht sind

und schlecht bleiben. Das gilt ganz unabhängig vom weiteren Gebaren der Regierung. Selbst wenn sich der Fahrplan für die kommenden vier Monate einhalten lässt und das jetzige Programm zum Abschluss gebracht wird, braucht das Land anschließend fast sicher wieder neues Geld. Dieses Thema ist in Brüssel wohlweislich ausgeblendet worden. Und neue Kredite werden die Eurofinanzminister in ihren Parlamenten wesentlich weniger leicht durchsetzen können als jetzt die vergleichsweise harmlose Verlängerung. Offen bleibt auch die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschuld. Alle, wirklich alle bisherigen Streitpunkte der Griechenland-Diskussion bleiben daher auf der Tagesordnung. Dazu gehört auch die Frage, ob dem Land mit einem Ausscheiden aus der Währungsunion nicht am besten gedient ist.

Wörter: 328

Autor: Berschens, Ruth
Seite: 006
Ressort: Wirtschaft & Politik
Gattung: Tageszeitung

Nummer: 037
Auflage: 122.585 (gedruckt) 118.034 (verkauft)
 123.847 (verbreitet)
Reichweite: 0,48 (in Mio.)

GÜNTHER OETTINGER

"Alexis Tsipras hat unnötig Vertrauen zerstört"

Der deutsche EU-Kommissar warnt die Regierung in Athen davor, zu stark vom bisher vereinbarten Sparkurs abzuweichen.

Es ist Sonntagmittag, und der deutsche EU-Kommissar ist auf dem Weg vom Schwarzwald nach Brüssel. Im Fond seines Dienstwagens erläutert er, wie er den am Freitagabend in der Euro-Gruppe erzielten Kompromiss mit Griechenland bewertet.

Herr Kommissar, haben die Euro-Finanzminister den Streit mit Griechenland beigelegt - oder haben sie bloß etwas Zeit gewonnen?

Es ist ein erster, klug ausbalancierter Schritt, der aber noch einer Ergänzung bedarf. Wenn die Regierung in Athen geplante Reformen oder Einsparungen zurückzieht, muss sie stattdessen andere, gleichwertige Maßnahmen vorschlagen. Erst wenn das geschehen ist, kann man sagen, dass der Freitag erfolgreich war. Also doch ein Scheinkompromiss? Nein, es war eine Einigung. Ob sie befriedigend ist, weiß man erst am Dienstag. Bis dahin werden EU-Kommission, EZB und IWF die griechischen Reformvorschläge bewerten.

Tsipras will Mindestlöhne und Renten erhöhen. Wo soll er das Geld dafür hernehmen?

Griechenland könnte Einkommens- und Vermögensmillionäre höher besteuern. Das würde kurzfristig mehr Geld bringen. Andere Ideen sind gut gemeint, wirken aber nicht sofort. Das gilt zum Beispiel für den Kampf gegen die Korruption.

Hat sich der ganze Streit denn für Tsipras überhaupt gelohnt?

Tsipras hätte das Ergebnis vom Freitag mindestens zehn Tage früher haben können. Stattdessen hat er unnötig Vertrauen zerstört, das man nun mühsam wieder aufbauen muss.

Ist EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker Athen zu stark entgegengekommen?

Man muss dem Kommissionspräsidenten und dem zuständigen Fachkommissar zugestehen, dass sie für alle 28 Mitgliedstaaten da sind - also auch für Griechenland. Deshalb sind ihre Vermittlungsbemühungen legitim. Am Ende war wichtig, dass Interessen der gesamten Euro-Zone berücksichtigt werden. Wäre man Griechenland weiter entgegengekommen, dann hätte es einen Dammbbruch gegeben. Dann hätte man die Sparpolitik auch in Spanien, Zypern,

Portugal und Irland nicht mehr erfolgreich fortsetzen können.

Athen braucht jetzt ein drittes Kreditprogramm ...

... wegen des populistischen Wahlkampfes wird Griechenland das Haushaltsjahr 2014 deutlich schlechter abschließen als erwartet. Daher braucht das Land am 1. Juli ein drittes Hilfsprogramm. Das ist aber nur vertretbar, wenn die Schuldentragfähigkeit nicht infrage gestellt wird. Daher bleibt es wichtig, dass Griechenland Primärüberschüsse erzielt. Von den vereinbarten Zielen - 3,0 Prozent für 2015 und 4,5 % für 2016 - darf man nicht zu stark abweichen. Der Wert 4,5 Prozent muss als mittelfristiges Ziel stehen bleiben.

Hat Hellas im Deutschen Bundestag noch genug Rückhalt?

Das hängt von der griechischen Regierung ab. Sie muss eine seriöse Reformliste vorlegen. Tut sie es nicht, dann sind die Mehrheiten nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Parlamenten Finnlands, Portugals und Spaniens gefährdet. Die Fragen stellte Ruth Berschens.

Abbildung: EU-Kommissar Günther Oettinger: Tsipras hätte dieses Ergebnis zehn Tage eher haben können.

Abbildung: dpa

Wörter: 439

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2015: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Autor: Mad./ Cos,
Seite: 15 bis 15
Ressort: Deutschland
Rubrik: Meldung Deutschland
Seitentitel: Deutschland
Kurztitel: CSU stellt Mindestlohn infrage

Gattung: Zeitschrift
Jahrgang: 2015
Nummer: 9
Auflage: 999.982 (gedruckt) 843.085 (verkauft)
854.031 (verbreitet)
Reichweite: 6,07 (in Mio.)

Soziales

CSU will Mindestlohn zurückdrehen

Die CSU stellt grundlegende Elemente des Mindestlohnkompromisses der Großen Koalition infrage. In einem Schreiben an Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) fordert die Chefin der Landesgruppe im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, "schnellstmöglich Nachbesserungen und Änderungen, die allen Betroffenen Rechtssicherheit garantieren und bürokratische Belastungen auf das absolut Notwendige reduzieren". Bis

alle "Unklarheiten" beseitigt seien, solle die Kontrolle über die Einhaltung der Dokumentationspflichten ausgesetzt werden. Hasselfeldt nennt neun Korrekturwünsche. Sie fordert unter anderem, Minijobs aus der Dokumentationspflicht zu entlassen und den Aufzeichnungszwang auch in jenen Branchen zu lockern, die als besonders anfällig für Schwarzarbeit gelten. Dafür müsse die Gehaltsschwelle von 2958 auf 1900

Euro sinken. Außerdem will die CSU mehr Praktika vom Mindestlohn ausnehmen und die "Auftraggeberhaftung" für Betriebe beschränken, wenn diese Subunternehmer beschäftigen. In SPD-Kreisen wird das als Affront und Abkehr von den Vereinbarungen zum Mindestlohn gewertet.

Wörter: 133

Autor: Von GREGOR MAYNTZ und EVA QuADBECK
Seite: 4 bis 4
Rubrik: POL
Seitentitel: GES

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2015
Auflage: 12.673 (gedruckt) 12.244 (verkauft)
 12.812 (verbreitet)
Reichweite: 0,03 (in Mio.)

Die Koalition steht wieder unter Strom

Am Dienstag widmet sich Angela Merkel in einem Koalitionsausschuss mit Sigmar Gabriel und Horst Seehofer innenpolitischen Themen.

Von GREGOR MAYNTZ und EVA QuADBECK

Berlin Die blutige Ukraine-Krise und das Griechenland-Euro-Drama haben in den Hintergrund treten lassen, dass es auch in der deutschen Innenpolitik viele Probleme zu lösen gibt. In der kommenden Woche werden die Auseinandersetzungen, die in den vergangenen zwei Wochen vor der dunklen weltpolitischen Kulisse geradezu banal erschienen, mit voller Wucht zurückkommen. Am Dienstagabend tagt der Koalitionsausschuss unter anderem zu den Streitthemen Stromtrassen, Mindestlohn und Mietpreisbremse. Am Donnerstag soll das Gesetz zur Pkw-Maut im Bundestag erstmals debattiert werden. Schon wird die große Koalition wieder mittendrin sein in ihrem alltäglichen Klein-Klein. Zudem ist eine Abstimmung im Bundestag über die neuen Spielregeln für die Griechen wahrscheinlich. Das wird vor allem in der Unionsfraktion für Unruhe sorgen.

So schwierig die Mission der Kanzlerin für den brüchigen Waffenstillstand in der Ukraine auch war - die Rückkehr in die Innenpolitik wird für ihre Koalition nicht unbedingt leichter. In den vergangenen zwei Wochen wurden eigentlich nur noch Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) als Exponenten der großen Koalition wahrgenommen - die Kanzlerin in der Ukraine-Krise und der Finanzminister im harten Ringen mit den Griechen. Die Chefs von SPD und CSU, Sigmar Gabriel und Horst Seehofer, werden sich

die öffentliche Aufmerksamkeit zurückerobern wollen.

Insbesondere der Streit um die Stromtrassen hat das Potenzial zur Eskalation. Monatelang haben die Bundesregierung und die Bayern mit Experten und Lobbyisten unter der Überschrift "Bayerischer Energiedialog" den Bau der zwei geplanten großen Übertragungsleitungen diskutiert. Am Ende gab es keine klare Entscheidung. Das Klima zwischen Bayern und dem Bund ist in dieser Frage gereizt.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel warnte Seehofer zu Beginn des Jahres, dass dem Süden spürbar höhere Strompreise drohen, wenn sich die Bayern nicht schnell entscheiden. Der Erfolg der Energiewende hängt maßgeblich von den beiden Stromtrassen ab. Die sonst oft so entschlossenen Bayern haben in der Frage der Stromtrassen keine klare Linie. Seehofer versucht, den geballten Unmut der Trassen-Anlieger zu kanalisieren, und will nun wissen, ob Bayern am Ende auch an einer "Wertschöpfung" beteiligt ist oder nur anderen Bundesländern den Strom abkaufen soll. Möglicher Kompromiss: Gabriel lässt bayerische Gaskraftwerke von den Stromkunden mit subventionieren, wenn Seehofer die Trassen akzeptiert.

Bei den Themen Mindestlohn und Mietpreisbremse wird es um die Frage gehen, wie sozialdemokratisch die Union in der großen Koalition noch werden möchte. Beim Politischen Aschermittwoch in Demmin versprach Merkel, den Mindestlohn bürokratisch

zu entrümpeln; derweil lässt Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) eine Anzeigenkampagne laufen, in der sie deutlich machen will, wie wenig Bürokratie ihr Gesetz mit sich bringt. Im Kern geht es um die Frage, bis zu welcher Gehaltsklasse die geleisteten Stunden der Arbeitnehmer dokumentiert werden müssen. Minijobs und viele Praktika sollen nach Unionsvorstellung aus der Aufzeichnungspflicht verschwinden.

Das im Wahlkampf von Merkel versprochene ursprüngliche SPD-Projekt "Mietpreisbremse" kommt seit über einem Jahr nicht voran. Millionen Mieter hoffen darauf, nicht mit horrenden Steigerungen konfrontiert zu werden. Herausgeschossen wurden bereits neu geschaffene und umfassend sanierte Wohnungen. Aber auch bei bestehenden Mietverträgen wird erwartet, dass die turnusmäßigen Mietsteigerungen geringer ausfallen, wenn als Folge der Mietpreisbremse das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete langsamer steigt als bisher.

Das Problem dabei: Die große Koalition kann sich nicht darauf verständigen, wie das Mietpreisniveau ermittelt wird, das nur um zehn Prozent überschritten werden soll. Auch spielt am Rande das Teilprojekt eine Rolle, dass bei den Maklercourtagen das Prinzip "wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen" eingepflegt werden soll. Die Makler wehren sich heftig.

Wörter: 574
Urheberinformation: (c) Rheinische Post

Seite: 19
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 45
Auflage: 356.208 (gedruckt) 305.257 (verkauft)
 320.864 (verbreitet)
Reichweite: 0,76 (in Mio.)

Gutachter verreißen Gesetzentwurf zur Frauenquote

"Verfassungswidrig" und "technisch schlecht" - so urteilen Experten, die der Bundestag beauftragt hat. Auch eine neue Männerquote weckt Zweifel.

dc./jja. BERLIN, 22. Februar. Das geplante Gesetz zur Einführung einer Frauenquote ist in wichtigen Passagen verfassungswidrig und lässt sich in Teilen wohl auch nicht mit Europarecht vereinbaren. Diese Auffassung vertreten gleich mehrere Gutachter in ihren Stellungnahmen für die Fachausschüsse des Bundestags, die für diesen Montag zu einer Anhörung der Sachverständigen eingeladen haben. Nach dem bisherigen Zeitplan der Regierung soll der Bundestag das von Justizminister Heiko Maas und Frauenministerin Manuela Schwesig (beide SPD) erarbeitete Gesetz schon am 6. März beschließen. Rund 100 große Aktiengesellschaften müssen den Plänen zufolge von 2016 an bei jeder Neuwahl zum Aufsichtsrat sicherstellen, dass mindestens 30 Prozent der Mandate an Frauen gehen. 3500 mittelgroße Unternehmen sollen sich künftig verbindliche Pläne zur Steigerung des Frauenanteils in Vorständen und Aufsichtsräten verordnen. Wo Ministerien oder Behörden für die Besetzung von Gremien zuständig sind, sollen sie von 2016 an mindestens 30 Prozent Frauen entsenden, von 2018 an sollen sie den Anteil auf 50 Prozent steigern. Und bei Stellenbesetzungen in der Verwaltung selbst soll die Mitsprache der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. Zudem sollen, je nach Umständen, zum Teil zwingend gleich viele Frauen und Männer zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Das alles betrifft nicht nur Führungspositionen, sondern alle Personalentscheidungen im Bundesdienst.

Nach Auffassung des Gutachters Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt, gehen diese Pläne schon von der "rechtlich und politisch falschen Annahme" aus, dass der öffentliche Sektor eine geschlechterparitätische Besetzung von Stellen und Ämtern erreichen müsse.

"Dieses Ziel ist offensichtlich verfassungswidrig und mit dem vorrangigen Recht der Europäischen Union unvereinbar", schreibt er. Insgesamt seien die Entwürfe "technisch schlecht gemacht und enthalten zum Teil in sich widersprüchliche Regelungen". In der Folge werde es mehr rechtlich fehlerhafte Personalentscheidungen geben und mehr Rechtsstreitigkeiten; die Neubesetzung offener Stellen werde so verzögert.

Ähnlich kritisch urteilt Martin Heidebach von der Universität München. Dies betrifft auch eine Passage im Entwurf zum Gleichstellungsgesetz, die für den öffentlichen Dienst faktisch eine neue Männerquote vorsieht: Männer sollen bei Einstellung und beruflichem Aufstieg künftig bevorzugt werden, falls sie im jeweiligen Bereich unterrepräsentiert sind. "Diese Form der Männerförderung ist verfassungswidrig", stellt Heidebach fest. Allein aus der Feststellung, dass ein Geschlecht in einem Bereich unterrepräsentiert sei, folge noch keine "tatsächliche Benachteiligung". Dies sei aber die Voraussetzung dafür, dass die Verfassung eine Ungleichbehandlung - hier: zu Lasten der Frauen - erlaube.

Einwände hagelt es auch gegen die Vorschriften für die Privatwirtschaft. So hält Kay Windthorst von der Universität Bayreuth eine Härtefallklausel für Familienunternehmen für zwingend. Wenn die fixe Quote dazu führe, dass Familiengeschafter ihr Letztentscheidungsrecht im Aufsichtsrat verlören, verletze dies das Grundrecht auf Privatnützigkeit des Eigentums. Der Rechtswissenschaftler plädiert außerdem für Ausnahmen, wenn nicht genügend qualifizierte Frauen zur Verfügung stünden. Nach den praktischen Erfahrungen etwa in der Bau- und Schwerindustrie sei das nämlich zweifelhaft. Dies habe auch der Bundesrat vorgeschlagen. Sonst drohe zudem eine verbotene Diskriminierung

von Männern.

Für verfassungswidrig hält er überdies bei Blockwahlen des Aufsichtsrats die Sanktion des "leeren Stuhls", falls zu wenig Frauen zum Zuge kommen. Das sei eine "unzumutbare Aushöhlung der eigentumsrechtlichen Befugnisse der Aktionäre bei der Besetzung der Anteilseignerbank". Bedenken hat der Forscher schließlich hinsichtlich der flexiblen Quote, jedenfalls soweit sie Unternehmen erfasst, die wegen ihrer geringeren Größe nur der drittelparitätischen Mitbestimmung unterliegen. Hier bestehe der Vorstand häufig nur aus zwei Personen, und die ebenfalls reglementierten beiden Ebenen darunter ließen sich schwer bestimmen.

Die Chefjuristin des Pharmaherstellers Merck, Friederike Rotsch, wendet ein, dass das Gesetz auch für Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) wie ihr Unternehmen gelten solle. Dabei werde übersehen, dass die Geschäftsführung dort nicht bei einem Vorstand liege, sondern bei den persönlich haftenden Gesellschaftern. Damit greife das Quotengesetz direkt in die Gesellschafterstruktur ein. Auch bleibe unberücksichtigt, dass der Aufsichtsrat in einer GmbH, die nur der Drittelbeteiligung unterliege, gar keine Personalkompetenz habe und daher keine Zielgrößen für den Frauenanteil unter den Geschäftsführern vorgeben könne. Rotsch moniert weiter, in 82 Prozent der börsennotierten Unternehmen habe der Vorstand nur ein bis drei Mitglieder, und in 60 Prozent der Fälle säßen auch im Aufsichtsrat nur drei Personen. Solche Kleinstgremien möchte die Juristin ausgenommen sehen. Schwierigkeiten sieht sie ferner bei Umstrukturierungen und dem Kauf oder Verkauf von Betrieben. Und zu knapp bemessen sei der Zeithorizont des Inkrafttretens. Der Heidelberger Rechtswissenschaftler Marc-Philippe Weller richtet den

Blick darauf, dass der Regierungsentwurf - anders als der Vorläufer von Maas - auch die Europa AG (SE) mitregelt, was namhafte Großunternehmen wie Allianz, BASF, Eon oder MAN betreffe. Weller hält das für zulässig. Allerdings macht er deutlich, dass die "Flucht aus der Quote" durch die Umwandlung in eine ausländische Rechtsform - Air Berlin firmiert etwa als englische Public Limited Company (PLC) - nicht versperrt werde. Dies sei brisant, weil es so etwas in Norwegen nach Einführung der Quote gegeben habe. Aus Deutschland sei dies eben-

falls bekannt - als "Flucht vor der Mitbestimmung" durch Umwandlung in eine PLC.

Kritik gibt es auch an den Kostenberechnungen, die Maas für die private Wirtschaft vorgelegt hat. So hält Merck-Juristin Rotsch den von ihm ermittelten Erfüllungsaufwand für die Privatwirtschaft in Höhe von 257 000 Euro pro Jahr noch immer für deutlich zu gering, obwohl Maas seine ersten Schätzungen bereits mehr als verzehnfacht habe. Der Normenkontrollrat hat diese ebenfalls bemängelt. Der Obmann von CDU/CSU im Rechtsausschuss, Stephan Harbarth,

bezeichnet die Berechnungen des Ministers als absurd. "Viele Unternehmen werden Zehntausende von Euro investieren müssen." Auch die internen Kosten müssten angesetzt werden, etwa wenn sich der Leiter der Rechtsabteilung stundenlang mit der Materie befassen muss oder das Unternehmen einen Headhunter beauftragt. Nach Maas' Zahlen habe dagegen jeder Vorstand nur fünf Minuten Zeit, um sich um die Besetzung einer Führungsposition zu kümmern.

Abbildung: Ausnahmerecheinung: Frauen in Führungspositionen sind immer noch eine Seltenheit.
Abbildung: Foto Getty Images
Wörter: 945